

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 66. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 20. September 2018

### 1. Abgeordnete

**Heike Scharfenberger,  
Hans Jürgen Noss und  
Jens Guth (SPD)**

### Landesentscheid des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ 2018

Am 7. September 2018 wurden die Sieger-Gemeinden des rheinland-pfälzischen Landesentscheids für den bundesweiten Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ bekannt gegeben. Von ursprünglich 141 teilnehmenden Gemeinden hatten sich 24 für diesen Landesentscheid qualifiziert. Zwei Jurys haben die Bewerbungen bewertet und die Preisträger in Haupt- und Sonderklasse bestimmt.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Was ist das Ziel des Wettbewerbs?
2. Welche Chancen eröffnen sich aus einer erfolgreichen Teilnahme für die Gemeinden?
3. In welcher Höhe förderte die Landesregierung die Dorferneuerung zuletzt?
4. Wie war die Förderung in den letzten Jahren?

### 2. Abgeordnete

**Thomas Weiner und  
Martin Brandl (CDU)**

### Zuzugssperre für die Stadt Pirmasens

Die Zuzugssperre für Pirmasens ist bis Ende des Jahres zeitlich befristet. Daher stellt sich bereits jetzt die Frage, ob eine Weiterführung oder ein Auslaufen der Zuzugssperre geprüft wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den 12 Monaten vor und in den Monaten nach Inkrafttreten der Zuzugssperre die Zahl der anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge in Pirmasens entwickelt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Wirkung der Zuzugssperre für die Stadt Pirmasens?
3. Auf welcher Grundlage prüft die Landesregierung die Fortführung der Zuzugssperre?
4. Inwieweit wird die Stadt Pirmasens in die Entscheidung über die Fortführung der Zuzugssperre einbezogen?

**3. Abgeordneter  
Joachim Paul (AfD)****Gemeinsame Demo von DGB-Jugend und Linksextremen**

Zu den Unterstützern der „Kein Gauland in Mainz“-Demonstration zählten fast ausschließlich Gruppierungen aus dem linksextremen Umfeld. Ebenfalls als Unterstützer angeführt ist die DGB-Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland.

Die DGB-Jugend ist Mitglied im Landesjugendring. Die Vertreterin der DGB-Jugend ist sogar Vorsitzende des Landesjugendrings.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird aus Sicht der Landesregierung der gemeinsame Aufruf von DGB-Jugend und Linksextremen, wie die im Verfassungsschutzbericht 2017 erwähnte DKP und deren Jugendorganisation SDAJ oder etwa die Rote Hilfe, zu einer Demo bewertet, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die DGB-Jugend mit Landesmitteln unterstützt wird?
2. Wurden nach Kenntnis der Landesregierung seitens des DGB oder der DGB-Jugend Mitfahrgelegenheiten, wie beispielsweise die Bereitstellung von Bussen, zu der „Kein Gauland in Mainz“-Demonstration angeboten?
3. Bei welchen weiteren Demonstrationen waren nach Kenntnis der Landesregierung in der Vergangenheit sowohl die DGB-Jugend als auch eine Organisation aus dem linksextremen Umfeld als Unterstützer angeführt?
4. Wird es von der Landesregierung generell als problematisch angesehen, dass Mitgliedsverbände des Landesjugendrings, der aufgrund zahlreicher Mitgliedsverbände aus dem linksradikalen Umfeld, wie etwa die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, in der Kritik steht, gemeinsam mit Organisationen aus dem linksextremen Umfeld Demonstrationen organisieren?

**4. Abgeordnete  
Marco Weber und  
Monika Becker (FDP)****Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020 – rheinland-pfälzische Interessen wahren**

Am 13. September 2018 hat in Boppard die Veranstaltung „Start up! ELER post2020 – Gemeinsam in die neue Förderperiode“ stattgefunden. Bei dieser haben auf Einladung des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministers zahlreiche Expertinnen und Experten über die Zukunft der europäischen Agrarförderung über das Jahr 2020 hinaus diskutiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat die zukünftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Änderungen wird es nach jetzigem Kenntnisstand in der GAP zukünftig geben?
3. Welche Forderungen vertritt das Land Rheinland-Pfalz gegenüber der Bundesregierung in Bezug auf die zukünftige Ausgestaltung der Agrarförderung?
4. Welche Forderungen vertritt die Landesregierung gegenüber der Europäischen Union in Bezug auf die anstehende Reform der GAP?

**5. Abgeordnete**

**Jutta Blatzheim-Roegler  
und Pia Schellhammer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fahrverbote vermeiden – Gesundheit und saubere Luft sichern: Auswirkungen des Diesel-Skandals auf Rheinland-Pfalz**

Beim Dieseltippel von Bund, Ländern und deutschen Autobauern vor einem Jahr wurden verschiedene Maßnahmen für eine verbesserte Luftreinhaltung insbesondere in den Städten vereinbart. Von den Vereinbarungen ausgeschlossen blieben jedoch Hardware-Nachrüstungen von Diesel-Pkw auf Kosten der Hersteller. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2018 den Weg für Diesel-Fahrverbote freigemacht hatte, wurden mehrere Bundesländer (u. a. Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg) zu zonalen Diesel-Fahrverboten verpflichtet, zuletzt das Land Hessen im Falle von Frankfurt am Main. Es ist zu erwarten, dass von dieser Gerichtsentscheidung auch rheinland-pfälzische Pendlerinnen und Pendler sowie Gewerbetreibende betroffen sein werden.

In Rheinland-Pfalz sind die Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz von NO<sub>x</sub>-Grenzwertüberschreitungen betroffen. Am 24. Oktober 2018 wird das Verwaltungsgericht Mainz die Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegen die Stadt Mainz verhandeln.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Pendlerinnen und Pendler aus Rheinland-Pfalz sind nach Kenntnis der Landesregierung vom Diesel-Fahrverbot der Stadt Frankfurt am Main betroffen?
2. Welche Maßnahmen haben sich bislang als erfolgreich erwiesen, um drohende Fahrverbote in den von NO<sub>x</sub>-Grenzwertüberschreitungen betroffenen Städten (Mainz, Koblenz, Ludwigshafen) in Rheinland-Pfalz abwenden zu können?
3. Wie viele Menschen (Pendlerinnen und Pendler, Einwohnerinnen und Einwohner) wären nach Kenntnis der Landesregierung von einem Diesel-Fahrverbot in Mainz, Ludwigshafen und Koblenz betroffen?
4. Welche der durch das Aktionsprogramm der Landesregierung „Saubere Mobilität“ geförderten Maßnahmen zur Luftreinhaltung in den Städten befinden sich bereits in der Umsetzung?

**6. Abgeordnete**

**Hedi Thelen und  
Dr. Peter Enders (CDU)**

**Aufstellung des neuen Landeskrankenhausplans**

Nach Berichterstattung der Rhein-Zeitung vom 8. September 2018 hat es Pannen bei der Abfassung des Gutachtens zur Vorbereitung des neuen Landeskrankenhausplans gegeben. Dadurch kam es zu Korrekturbedarf und Verzögerungen. Dennoch soll der Krankenhausplan Anfang Dezember abschließend beraten werden. Die notwendige Beteiligung droht dadurch zu kurz zu kommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für das in Auftrag gegebene vorbereitende Gutachten zur Aufstellung des neuen Landeskrankenhausplans?
2. Welches waren die Kriterien und Gründe für die Auswahl des beauftragten Instituts zur Gutachtenerstellung?
3. Inwieweit ist Mehraufwand für das Land in Verbindung mit entsprechenden Kosten zur Korrektur aufgetretener Fehler entstanden?
4. Welche Folgen haben die eingetretenen Verzögerungen für das weitere Verfahren?

**7. Abgeordnete**

**Dr. Tanja Machalet und  
Kathrin Anklam-Trapp**  
(SPD)

**10 Jahre Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz**

Laut aktueller Presseberichterstattung wurden vor zehn Jahren die Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz gesetzlich verankert und in der Folge 135 Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz errichtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort beraten und informieren neutral und kostenfrei bei allen Fragen rund um die Themen Hilfsangebote, Kosten, Pflegeorganisation, Rechte und Pflichten von pflegebedürftigen Menschen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Pflegestützpunkte zehn Jahre nach deren Einführung zum 1. Januar 2009?
2. Was hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren unternommen, um die Pflegestützpunkte zu stärken?
3. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung auch in Zukunft die Pflegestützpunkte fördern und unterstützen?

**8. Abgeordnete**  
**Iris Nieland (AfD)**

**Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber privatrechtlichen Unternehmen mit Beteiligung des Landes**

Aus dem Budgetbericht 2017 geht unter anderem hervor, welche Beteiligungen das Land an privatrechtlichen Unternehmen hält.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe bestehen insgesamt Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber un-mittelbaren Beteiligungen?
2. In welcher Höhe bestehen insgesamt Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber mit-telbaren Beteiligungen?
3. Bei welchen Unternehmen mit Beteiligung des Landes wurden Darlehen ausgegeben, um Defizite ausgleichen zu können?
4. Welche Unternehmen haben aus welchen Gründen die größten Forderungen gegenüber dem Land?

**9. Abgeordnete**  
**Steven Wink und**  
**Marco Weber (FDP)**

**Pendlerradroute zwischen Schweich, Trier und Konz**

Am 4. September 2018 hat die Landesregierung eine Machbarkeitsstudie für eine Pendler-radroute zwischen Schweich, Trier und Konz auf den Weg gebracht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Baubeginn der Route zwischen Schweich, Trier und Konz?
2. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung Pendlerradrouen grundsätzlich bei?
3. Welche weiteren Pendlerradrouen sollen in dieser Legislaturperiode geplant und auf den Weg gebracht werden?
4. Können Pendlerradrouen aus Sicht der Landesregierung positive Effekte auf die touris-tische Entwicklung des Landes haben?

**10. Abgeordnete**  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
**und Pia Schellhammer**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Afrikanische Schweinepest in Belgien nachgewiesen**

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist eine fieberhafte, hoch ansteckende Allgemein-erkrankung der Schweine (Haus- und Wildschweine) mit seuchenhaftem Verlauf, hoher Krankheitshäufigkeit und hoher Sterblichkeit. Verursacht wird die ASP durch ein Virus. Laut Auskunft des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist der Erreger bei zwei toten Wildschweinen in Belgien und damit in direkter Nachbarschaft zu Rheinland-Pfalz nachgewiesen wurde. Das Virus gilt für den Menschen als ungefährlich. Dennoch hätte eine Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Rheinland-Pfalz schwere Folgen für die Gesundheit unserer Wild- und Hausschweinbestände und die landwirtschaftliche Produktion.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die aktuelle Seuchenlage in Belgien?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um eine Verbreitung der Afrikanischen Schweine-pest zu vermeiden?
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, sollte es zum Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Rheinland-Pfalz kommen?
4. Wie können Landwirtinnen und Landwirte unterstützt werden im Falle einer Ausbrei-tung der Afrikanischen Schweinepest?

- 11. Abgeordnete**  
**Simone Huth-Haage und**  
**Gordon Schnieder (CDU)**
- Auswirkungen der geplanten Kita-Gesetz-Novelle für kleinere, ländliche Kindertagesstätten**
- Der Entwurf zur Neufassung des Kindertagesstättengesetzes wird aktuell sehr intensiv in den kommunalen Räten und unter den freien Trägern diskutiert. Immer wieder wird die Befürchtung geäußert, dass die Umstellung der Personalbemessung und die vorgeschriebenen Belegungszahlen insbesondere zulasten kleiner und ländlicher Kindertagesstätten gehen werden (Rheinpfalz, 15. September 2018).
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Kann die Landesregierung ausschließen, dass es im Rahmen der geplanten Personalbemessung zu einer Verschlechterung bei der Personalausstattung für einzelne Kindertagesstätten kommen kann?
  2. Wie hoch können nach Berechnungen der Landesregierung die Abweichungen der Personalbemessung nach dem Entwurf der Novelle des Kindertagesstättengesetzes im Vergleich zur aktuellen Rechtslage sein?
  3. Wann wird die Landesregierung dem Landtag Modellrechnungen der geplanten Personalbemessung für prototypische Kindertagesstätten vorlegen?
  4. Plant die Landesregierung eine Veränderung der Personalbemessung bzw. der Belegungsquoten im Gesetzentwurf zur Neufassung des Kindertagesstättengesetzes?
- 12. Abgeordnete**  
**Daniel Schäffner und**  
**Jörg Denninghoff (SPD)**
- Technik-Upgrade für den Breitbandausbau**
- Wie die Landesregierung am 11. September diesen Jahres bekannt gegeben hat, wird Rheinland-Pfalz eine Änderung der Bundesförderrichtlinie für den Breitbandausbau zeitnah so umsetzen, dass auch bereits bewilligte Ausbaumaßnahmen auf einen verbesserten technischen Standard umgestellt werden können.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Verbesserungen bei der Breitbandversorgung möchte die Landesregierung mit dieser Maßnahme erreichen?
  2. Wie ist das Verfahren zur Antragstellung ausgestaltet?
  3. Wie bewertet die Landesregierung derzeit den Stand des Breitbandausbaus in Rheinland-Pfalz?
- 13. Abgeordneter**  
**Thomas Barth (CDU)**
- Änderungen der Schulordnung für den Übergang in die Oberstufe**
- Seit dem 1. August 2018 ist eine Änderung der rheinland-pfälzischen Schulordnung in Kraft getreten. Dabei wurden die Bedingungen bei dem Übergang in die gymnasiale Oberstufe für Integrierte Gesamtschulen (IGS) und Realschulen plus angeglichen.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie begründet die Landesregierung die Absenkung der Zugangsvoraussetzungen für die gymnasiale Oberstufe?
  2. Wie viele Schüler hätten in diesem Jahr zusätzlich den Übergang in eine gymnasiale Oberstufe erreicht, wenn diese Regelung bereits gegolten hätte?
  3. Inwiefern kann die Änderung der Schulordnung dazu führen, dass die Anzahl der Auszubildenden im Land zukünftig noch weiter sinkt?
  4. Wie ist die Bilanz der Studienabbrecher in den vergangenen vier Jahren gewesen?

**14. Abgeordnete**  
**Gabriele Wieland und**  
**Gerd Schreiner (CDU)**

**Potenziale der Wirtschaftsregion Rhein-Main besser nutzen**

Die Rhein-Main Region ist eine der führenden europäischen Wirtschaftsregionen. Durch die direkte Nähe zum größten Verkehrsflughafen des europäischen Festlandes in Frankfurt und viele weitere attraktive Standortfaktoren kann Rheinland-Pfalz – insbesondere die Region Rheinhessen – stark von dem Wirtschaftsraum Rhein-Main profitieren.

Um dieses Potenzial zukünftig noch besser zu nutzen, bedarf es einer engeren Vernetzung und einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den politischen und wirtschaftlichen Akteuren auf rheinland-pfälzischer und hessischer Seite.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich die zurückliegende und die derzeitige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen in Hinblick auf die Stärkung der Rhein-Main-Region?
2. Welche regelmäßigen Formate der Zusammenarbeit hat die rheinland-pfälzische Landesregierung diesbezüglich seit Beginn der Legislaturperiode initiiert?
3. Welche gemeinsamen Initiativen und Projekte zur Verbesserung eines gemeinsamen Standortprofils laufen derzeit?
4. Durch welche weiteren Maßnahmen gedenkt die Landesregierung die bisherige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zukünftig zu intensivieren?

**15. Abgeordneter**  
**Guido Ernst (CDU)**

**Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz**

Mittlerweile sollten die Schulen die Daten zur Unterrichtsversorgung im aktuellen Schuljahr an das Bildungsministerium weitergeleitet haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Unterrichtsversorgung im Land?
2. Wie viele Schulen starteten ins neue Schuljahr 2018/2019 mit einer strukturellen Unterrichtsversorgung?
3. In welchen Fächern war der Unterrichtsausfall am höchsten?
4. Wie möchte die Landesregierung das Problem des fachfremden Unterrichts angehen?